

CARLOS COLLADO SEIDEL

Spaniens neue *reconquista*? Re-Evangelisierungsoffensive und Religiosität in einer säkularisierten Gesellschaft

1. RELIGIOSITÄT UND KONFESSION

Spanien war während der Diktatur von General Franco (1936–1975) ein konfessioneller Staat. Der römisch-katholische Glaube war ausdrücklich das Religionsbekenntnis des spanischen Staates. Über den tatsächlichen Gläubigkeitsgrad der Bevölkerung lassen sich für diese Zeit allerdings kaum solide Aussagen treffen. Verlässliche Meinungsumfragen zur Religiosität liegen für die Zeit des Franquismus nicht vor. Für den Soziologen *Víctor Pérez Díaz* war diese Zeit von einer bürgerlichen oder folkloristischen Religiosität im Hinblick auf feierliche Zeremonien, Routinekirchgang, regelmäßiges Empfangen von Sakramenten ohne aufrichtige religiöse Überzeugungen oder tiefe Glaubensempfindung geprägt.¹ Der soziale Druck auf Grund der zentralen Rolle, die die kirchliche Institution in Spanien spielte, führte zur Aufrechterhaltung dieser Scheinreligiosität.²

So nimmt es nicht wunder, dass nach Francos Tod die religiöse Praxis stark nachließ.³ Die Zahl der Personen, die sich als praktizierende Katholiken bezeichnen, hatte in den ersten Jahren des Übergangsprozesses zur Demokratie (*transición*) rapide abgenommen, um sich allerdings im Laufe der 1980er Jahre wiederum zu stabilisieren. So betrug nach Angaben von *José Ramón Montero* der Anteil der praktizierenden Katholiken im Jahr 1983 lediglich 31 Prozent. Im Gegensatz dazu waren es 1976 noch 56 Prozent.⁴ Unter Zugrundelegung der Teilnahme am Kir-

¹ Vgl. *Víctor Pérez Díaz*, *El retorno de la sociedad civil. Respuestas sociales a la transición política, la crisis económica y los cambios culturales en España, 1975–1985*, Madrid 1987, 447 ff.

² Vgl. *Antonio Blanch*, *Crónicas de la increencia en España*, Santander 1988, 28.

³ Über die Rolle der Kirche während der *transición* vgl. die Überblicksdarstellung: *Carlos Collado Seidel*, *Kirche im Wandel*, in: *Walther L. Bernecker/Carlos Collado Seidel* (Hrsg.), *Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975–1982*, München 1993, 86–103. Zur Kirche in Spaniens Geschichte vgl. *Walther L. Bernecker*, *Religion in Spanien. Darstellung und Daten zu Geschichte und Gegenwart*, Gütersloh 1995.

⁴ Vgl. *Juan-Luis Recio/Octavio Uñal/Rafael Díaz-Salazar*, *Para comprender la transición española. Religión y política*, Estella 1990, 53 ff.

chenleben als Indikator kann von einer vierteiligen Gesellschaft gesprochen werden. Für das Jahr 1990 werden dabei folgende Anteile angegeben: 10 Prozent aktive Kirchenmitglieder; 33 Prozent teilnehmende; 28 Prozent passive, die am Kirchenleben lediglich im Zusammenhang mit bestimmten Ereignissen wie Trauung oder Taufe teilnehmen; sowie 29 Prozent sich selbst ausschließende Kirchenmitglieder. Der Religiositätsgrad der Bevölkerung weist zudem deutliche regionale Unterschiede auf. Laut Umfrageergebnissen aus dem Jahr 1990 liegt der Anteil der Personen, die mindestens einmal wöchentlich in die Kirche gehen, mit über 50 Prozent in Zentralkastilien am höchsten; ein weitgehendes Desinteresse am Kirchengang besteht hingegen an der Mittelmeerregion und vor allem in Katalonien, wo der Anteil bei lediglich 16 Prozent liegt.⁵

Dabei kann allerdings nicht von einer allgemeinen starken Abnahme der Religiosität gesprochen werden. Das zeigt sich daran, dass die Zahl der Indifferenten oder überzeugten Atheisten seit Mitte der 1970er Jahre im Grunde konstant geblieben ist. Der Bevölkerungsanteil, der sich demgegenüber als religiös bezeichnet, liegt seit Anfang der 1980er Jahre bei etwa zwei Dritteln.⁶ Eine 1979 durchgeführte Umfrage ergab sogar, dass 83 Prozent der Befragten an die Existenz Gottes glaubten. Werden diese Angaben nach Altersgruppen und Geschlecht der Befragten aufgeschlüsselt, ergeben sich Verschiebungen, doch bekräftigten noch über drei Viertel der Jugendlichen, an Gott zu glauben.⁷ Im internationalen Vergleich westlicher Staaten nahm Spanien dabei Mitte der 1980er Jahre den fünften Platz hinter den Vereinigten Staaten, Irland, Kanada und Italien im Hinblick auf die Bedeutung Gottes für das Leben der einzelnen Bürger ein.⁸ Es besteht zwar zweifellos eine Korrelation zwischen Religiosität und Kirchengang, doch zeigen Befragungen, dass nahezu 40 Prozent der Personen, die sich selbst als religiös bezeichnen, sehr selten oder nie in die Kirche gehen.⁹

Verschiedene kirchennahe Autoren sehen allerdings keine Möglichkeit der Existenz von Religiosität ohne institutionelle Anbindung und gehen davon aus, dass die nicht-praktizierenden Katholiken über kurz oder

⁵ Vgl. *Francisco Andrés Orizo*, *Los nuevos valores de los españoles. España en la Encuesta Europea de Valores*, Madrid 1991, 126.

⁶ Vgl. *José Ramón Montero*, *Las dimensiones de la secularización: religiosidad y preferencias políticas en España*, in: *Rafael Díaz-Salazar/Salvador Giner (Hrsg.)*, *Religión y sociedad en España*. Madrid 1993, 183. Vgl. auch *Orizo* (Anm. 5), 125.

⁷ Zahlenangaben bei *Stanley G. Payne*, *Spanish Catholicism. An Historical Overview*, Madison 1985, 218f.

⁸ Vgl. *El País* vom 16.06.1985.

⁹ Vgl. *Orizo* (Anm. 5), 125.

lang zu Agnostikern werden.¹⁰ Bemerkenswert ist allerdings, dass demgegenüber die Zahl der Spanier zunimmt, die davon überzeugt sind, dass es nicht eine einzige wahre Religion gibt, sondern vielmehr Wahrheiten existieren, die sich in verschiedenen Religionen manifestieren können. 1989 gaben lediglich 24 Prozent der Befragten an, die katholische Religion sei die einzig wahre. Der Anteil im Hinblick auf die christlichen Religionen im Allgemeinen betrug 41 Prozent. Im europäischen Vergleich zeigt sich sogar eine außerordentlich hohe Toleranz gegenüber anderen Konfessionen und Religionen. *Rafael Díaz-Salazar* wagt die Prognose, dass sich in den folgenden Jahrzehnten der Anteil ›nicht-praktizierender‹ Katholiken noch weiter erhöhen wird und diesbezüglich vor allem die Unterschiede zwischen den Generationen verschwinden werden. Die Entfremdung zwischen Amtskirche und Gläubigen werde zunehmen.¹¹

Seit dem Ende der Franco-Diktatur hat sich zudem eine Privatisierung von Glaube und Religion vollzogen. Die Bevölkerung lehnt mehrheitlich eine offensiv evangelisierende Kirche ab. So wird es in Spanien heute positiv angesehen, wenn sich etwa ein Fußballspieler bekreuzigt, bevor er aufs Spielfeld läuft. Negativ wird hingegen bewertet, wenn die Kirche moralisierende Verhaltenskodizes verkündet. Die Sensibilisierung gegenüber Äußerungen von Seiten der Kirche ist groß: Die Mehrheit der Spanier lehnt es ab, dass sich die Kirche in irgendeiner Weise an der Politik beteiligt. Dies ist sicherlich auch eine Reaktion auf die verordnete Konfessionalität des Staates unter Franco und die bevormundende Wirkungsweise der Kirche in vergangenen Zeiten. Hieraus erklärt sich auch die heutige Kirchenskepsis. So erklärte Victoria Abril, eine der bekanntesten spanischen Schauspielerinnen: »Die Klosterschule hat aus mir, wie aus fast allen Frauen meiner Generation, die ich kenne, einen völlig atheistischen Menschen gemacht.«¹² Diese Aussage kann verallgemeinert werden, zumal wenn berücksichtigt wird, dass kirchlich getragene Schulen mehrheitlich von sozial besser situierten Bevölkerungsschichten besucht werden.

Im Hinblick auf die Themen, die von der Kirche belegt und positiv beurteilt werden, wird vor allem die Sozialdoktrin (Fragen der Dritten Welt, Rassendiskriminierung, etc.) hervorgehoben. Die Moraldoktrin

¹⁰ Vgl. *Andrés Tornos/Rosa Aparicio*, ¿Quién es creyente en España hoy?, Madrid 1995, 53f.

¹¹ Vgl. *Díaz-Salazar*, La transición religiosa de los españoles, in: *Díaz-Salazar/Giner* (Anm. 6), 96, 103.

¹² Ebd., 123.

der Kirche (Haltung zur Homosexualität, zu außerehelichen Sexualbeziehungen) wird indes mehrheitlich abgelehnt.¹³ In dieses Bild passt die weit verbreitete Meinung über Papst Johannes Paul II.: Er sei progressiv im Hinblick auf soziale Fragen, aber reaktionär in moralischen Aspekten. Dabei wird zwar der Stellenwert, der von kirchlicher Seite der Ehe und Familie gegeben wird, mehrheitlich begrüßt, nicht aber andere in diesem Zusammenhang von der Kirche mindestens ebenso vehement verteidigte Ansichten. So findet es beispielsweise lediglich ein Viertel der Bevölkerung verwerflich, ohne Trauschein zusammenzuleben; bei den Jugendlichen bis 25 Jahren beträgt der Anteil sogar lediglich drei Prozent. Heutzutage stehen auch allein erziehende Mütter nicht mehr vor sozialer Ablehnung. Nur 40 Prozent der Spanier vertreten heute die Ansicht, dass eine Ehe unauflöslich sein sollte. Vorehelicher Geschlechtsverkehr wird von 45 Prozent der Bevölkerung und sogar von 81 Prozent der Jugendlichen unter 25 Jahren akzeptiert; nur 21 Prozent vertreten die Ansicht, dass sexuelle Kontakte allein in die Ehe gehören. Das Verbot von Empfängnisverhütungsmitteln wird trotz der Kampagnen der Kirche lediglich von 21 Prozent der Bevölkerung befürwortet. Auch im Hinblick auf ethische Fragen steht die Mehrheit der Bevölkerung der Position der Kirche ablehnend gegenüber. Künstliche Befruchtung und Sterbehilfe werden jeweils von lediglich etwa einem Viertel der Bevölkerung abgelehnt. Nur im Fall von Abtreibungen ist die Akzeptanz der Kirchenmeinung durch die Bevölkerung größer.

Die allgemeine Distanzierung von der Amtskirche manifestiert sich auch in Umfragen zu spezifisch katholischen Lehrmeinungen. An den untersten Plätzen rangiert dabei der Glaube an die Jungfräulichkeit Mariens (46 Prozent), die Auferstehung der Toten (41 Prozent), die Existenz der Hölle (40 Prozent) und die Unfehlbarkeit des Papstes (37 Prozent).¹⁴

Kirchliche Riten und bestimmte religiöse Zeremonien genießen allerdings unverändert eine sehr hohe Akzeptanz. So wird von über 80 Prozent der Bevölkerung die Taufe gewünscht; die kirchliche Trauung ist noch beliebter. Dass die Taufe eine moralische Pflicht sei, empfinden hingegen weniger als 50 Prozent der Bevölkerung.¹⁵ Der Soziologe *Juan J. Linz* beschreibt die Situation von Kirche und Religiosität folgender-

¹³ Vgl. *Orizo* (Anm. 5), 130.

¹⁴ Zahlenangaben für 1984 in: *Revista de Investigaciones Sociológicas*, Nr. 27 (1984) 309 ff. Für die Entwicklung bis Ende der 1980er Jahre vgl. *Orizo* (Anm. 5), 116.

¹⁵ Vgl. *Salvador Giner/Sebastián Sarasa*, *Religión y modernidad en España*, in: *Díaz-Salazar/Giner* (Anm. 6), 75.

maßen: »Es gibt keinen Zweifel darüber, dass Spanien heutzutage ein Land ist, das überwiegend katholisch ist, mit einer mehr oder minder praktizierenden Mehrheit und einer bedeutenden Minderheit, die der Kirche treu ist, auch wenn sie sich in ihrer Bereitschaft, den Weisungen der Kirche Folge zu leisten, selektiv verhält.«¹⁶ Das hat wiederum dazu geführt, dass sich die Kirche selbst teilweise als Supermarkt vorkommt, in dem nach Bedarf jeder einzelne Angebote wahrnimmt. Kirchenkreise sprechen heute auch von der weit verbreiteten soziologischen Erscheinung des »católico light«¹⁷. Trotz allem ist die Kirche unangefochten die Institution mit dem größten gesellschaftlichen Einfluss. Sie ist nach wie vor in der Lage, Woche für Woche etwa ein Drittel aller Erwachsenen in die Kirchen zu locken. Der Klerus hat nach wie vor eine wichtige soziokulturelle Bedeutung und stellt mit Sicherheit auch weiterhin einen wichtigen Bezugspunkt für die Orientierung von Überzeugungen und Meinungen dar.¹⁸

Eine bestimmte Ausdrucksform der Religiosität ist in Spanien weit verbreitet und erfährt seit einigen Jahren sogar einen außerordentlichen »Boom«: die sogenannte Volksreligiosität. Einige Autoren sprechen in diesem Zusammenhang von Folklore oder heidnischen Bräuchen.¹⁹ Und in der Tat vermengen sich hier christliche Tradition und katholische Praktiken mit Mythen und volkstümlichen Überlieferungen. Hinzu kommt ein künstlerischer und folkloristischer Rahmen. Die Bezugsobjekte dieser Volksreligiosität sind die großen Gestalten der christlichen Religion: Christus, Maria, die Apostel und Heiligen. Hinzu kommen die Hauptsymbole des Christentums: die heilige Hostie, das Kreuz sowie die Reliquien. Die Verehrung dieser Gestalten und Symbole bildet ein ausgefülltes Kalendarium von Feierlichkeiten und Festen, an denen ohne Rücksicht auf Gesellschaftsschichten oder Klassen (dabei wird nicht einmal eine Unterscheidung zwischen gläubigen und nicht-gläubigen Christen gemacht) die Volksmassen zu Hunderttausenden teilnehmen. Die Religiosität erscheint hier als Äußerung eines tiefreichenden Volksempfindens, das der Fixierung geistiger Inhalte, religiöser Wahrheiten oder Dogmen sowie der Scheidung zwischen Glauben und vagem religiösen Gefühl vorausgeht.

¹⁶ Juan J. Linz, Reflexiones sobre la sociedad española, in: Salvador Giner (Hrsg.), España, Sociedad y Política, Madrid 1991, 672.

¹⁷ Pedro M. Lamet, Sociedad indiferente, iglesia dormida, in: Iglesia Viva 158 (1992) 220.

¹⁸ Vgl. Pedro González Blasco/Juan González-Anleo, Religión y sociedad en la España de los 90, Madrid 1992, 70.

¹⁹ Vgl. Díaz-Salazar, La transición religiosa (Anm. 11), 102.

Die weit verbreitete Abkehr von der Doktrin der Kirche hat allerdings, und das attestieren auch kirchennahe Autoren, keine antiklerikale Spitze, obwohl die Meinung weit verbreitet ist, dass der Einfluss der Kirche auf die Gesellschaft nicht unbedingt positiv ist.²⁰ Ganz im Gegenteil stößt die Kirche als Institution durchaus auf große Akzeptanz innerhalb der Gesellschaft. In Meinungsumfragen rangiert die Kirche immer an einer der ersten Stellen und meist vor den Parteien, den Gewerkschaften, der Regierung, den Streitkräften oder dem Bankenwesen. Nur die Monarchie ist eine Institution, die regelmäßig vor der Kirche rangiert.²¹ Diese Tatsache lässt sich nicht durch die Lehrmeinung erklären. Sie hängt vielmehr damit zusammen, dass die Kirche als Institution glaubwürdig und integer wirkt. So ist zwar Meinungsumfragen zufolge die Mehrheit der Bevölkerung für eine strikte Trennung von Staat und Kirche, ihre gesellschaftliche Bedeutung wird aber noch überwiegend positiv bewertet (52 Prozent). Nur eine Minderheit (24 Prozent) trat laut einer Meinungsumfrage aus dem Jahr 1988 dafür ein, den Einfluss der Kirche weiter zurückzudrängen. Auch aus anderen Studien geht deutlich hervor, dass der Kirche und dem Klerus großes Vertrauen entgegengebracht werden. Sollten allerdings auch in Spanien weit verbreitete Fälle von Pädophilie bekannt werden, könnte dieses Vertrauen, wie in anderen Ländern bereits geschehen, grundlegend erschüttert werden, zumal das Bekanntwerden von Vergewaltigungsfällen durch spanische Geistliche in afrikanischen Missionen unlängst zu einem Entrüstungssturm in den Medien führte.

Die Tatsache, dass das Eintreten der Kirche für bestimmte gesellschaftsrelevante Fragen durchaus begrüßt wird, die Kirche gleichzeitig aber nicht in der Lage ist, die Bevölkerung an sich zu binden und eigene moralische und ethische Maßstäbe durchzusetzen, zeigt das Dilemma, in dem sie sich heute befindet. Selbst praktizierende Katholiken übernehmen bis auf eine kleine Minderheit nicht ohne Einschränkung die moralischen Vorgaben der Amtskirche. Nach Ansicht von *Díaz-Salazar* gibt es keinerlei Indizien dafür, dass die Kirche in näherer Zukunft in der Lage wäre, die Orientierung der spanischen Gesellschaft im Hinblick auf moralisches und soziales Verhalten zu verändern oder zu bestimmen.²²

²⁰ Vgl. etwa *Blanch* (Anm. 2), 3 f.

²¹ Vgl. *Rafael Díaz-Salazar*, *La institución eclesial en la sociedad civil española*, in: *Díaz-Salazar/Giner* (Anm. 6), 295.

²² Vgl. ebd., 305.

Spanien war, wie eingangs angesprochen, bis zum Tode Francos ein konfessioneller Staat. Nichtkatholische Glaubensgemeinschaften wurden diskriminiert. Seit Verabschiedung der Verfassung im Jahr 1978 können diese Glaubensgemeinschaften uneingeschränkt in der Öffentlichkeit auftreten und für ihren Glauben und ihre Anschauungen werben. Die Zahl nichtkatholischer Glaubensgemeinschaften und die Anzahl deren Mitglieder hat damit zwar zugenommen, doch dürfte deren prozentualer Anteil an der Bevölkerung bei etwa zwei Prozent liegen. In Spanien lebten in der Spätphase des Franquismus an die 2.000 Moslems, 6.000–8.000 Juden sowie 31.000 Lutheraner und Reformierte. Inzwischen ist die Zahl der Protestanten auf 350.000, die der Juden auf 15.000 sowie die der Moslems auf 350.000 angestiegen.²³ Die steigende Zahl an Immigranten aus den Maghrebstaaten dürfte hierbei zu einer Herausforderung für die Kirche und die Gesellschaft werden.

Spanien ist heutzutage weder ein katholisches Land im Sinne der Amtskirche (die Mehrzahl der Bürger sind weder praktizierende Katholiken, noch vertreten sie die Lehrmeinung) noch ein Land, das von Agnostikern oder religiös indifferenten Personen bevölkert wird (die religiösen Spanier sind doppelt so zahlreich wie die nicht-religiösen). Die Religion war in der Geschichte und ist heute eine öffentlichkeitsrelevante Tatsache. Dabei kann allerdings in soziologischer Hinsicht ›Katholizismus‹ – als diffuses Religiositätskonzept der Bevölkerung – nicht mit ›Kirche‹ gleichgesetzt werden. Etwas Anderes ist allerdings, dass diese Institution eine der größten Spaniens ist, denn nur wenige umfassen so viele Mitglieder wie die Kirche.²⁴

2. KIRCHE UND STAAT

Mehr oder minder zeitgleich mit dem Abschluss der ersten Phase des Demokratisierungsprozesses, die von der Zurückhaltung der Kirche in öffentlichen Belangen geprägt war, und nach der Wahl von Kardinal Wojtyła zum neuen Pontifex maximus erfolgte aus Rom eine neue Kursbestimmung. Während bis Ende der 1970er Jahre die Hierarchie nahezu schamhaft in den Hintergrund getreten war, gleichsam um den empfindlichen politischen Wandlungsprozess nicht zu stören, machte nun das Schlagwort der ›Re-Evangelisierung‹ die Runde. Ausgehend von einem Weltbild, in dem der Laizismus die katholische Identität Spaniens be-

²³ Vgl. *Bernecker* (Anm. 3), 122, 134. Vgl. auch *El País* vom 30. 10. 00.

²⁴ Vgl. *Díaz-Salazar*, *La transición religiosa* (Anm. 11), 122.

drohte, wurde nun die Rückeroberung des verloren gegangenen Terrains anvisiert. Mittels einer aktiven Präsenz und einer offensiven Evangelisierungsarbeit sollten der ›Kampf‹ aufgenommen und die Kräfte der Säkularisation bekämpft werden. Die Kirchenführung begann, sich gegen die Privatisierung des Glaubens der vorangegangenen Jahre zu wenden und sich wieder aktiv an der Meinungsbildung in moralischen Fragen zu beteiligen. Konflikte mit der Politik sollten nicht mehr um jeden Preis vermieden werden. Moralische Vorstellungen weiter Teile einer säkularisierten Gesellschaft und die Doktrin der katholischen Kirche gerieten nun wieder aneinander.²⁵ Dieser Gesinnungswandel wird von spanischen Autoren mit der Hilflosigkeit der Kirchenführung inmitten einer säkularisierten Gesellschaft erklärt. Sie hätte sich in den vorangegangenen Jahren mit politischen Äußerungen zurückgehalten, gleichzeitig aber nicht an den Verlust der zuvor genossenen staatlichen Protektionen und Privilegien gewöhnen können. Die Kirche hätte Schwierigkeiten, sich den Spielregeln der Demokratie unterzuordnen und die neue Situation zu akzeptieren, inmitten eines ideologischen Pluralismus lediglich ein Anbieter moralischer Wertvorstellungen neben anderen zu sein. Demgegenüber fühle sich die Kirchenführung nach wie vor als jene Institution, die in moralischen Fragen die Verhaltensrichtlinien vorgeben müsste.²⁶ Angesichts der sich daraus ergebenden Irritation der Kirchenführung und der tatsächlichen wachsenden sozialen Probleme wurde die Regierung (und natürlich auch die Medien) als Urheber der Missstände und als Gegner ausgemacht.²⁷

Im Laufe der 1980er Jahre gerieten Staat und Kirche in konkreten Problembereichen immer öfter aneinander. So entstanden zunächst im Zusammenhang mit dem Erziehungswesen Differenzen. Im Franquismus waren der Kirche in den Bereichen Erziehung und Bildung große Freiräume überlassen worden.²⁸ Die Kirche versuchte nun, im demokratischen Spanien diese Position zu wahren.²⁹ Als die Finanzierung der kirchlichen Lehranstalten auf den Prüfstand kam, entbrannte ein Streit

²⁵ Vgl. *Fernando Sebastián*, *Las ambigüedades del progresismo*, in: *Ecclesia*, 09.–16. 04. 1988, 6f. Vgl. *Díaz-Salazar*, *La transición religiosa* (Anm. 11), 119ff.

²⁶ Vgl. *Recio/Uña/Díaz-Salazar* (Anm. 4), 19.

²⁷ Vgl. *¿Qué temen los Obispos?*, in: *El Ciervo*, November 1990, sowie: *Intelectuales católicos contra la conducta autoritaria de la jerarquía*, in: *El País* vom 16.02.1991.

²⁸ Vgl. Zahlenangaben bei: *José Luis Santos Díez*, *Educación y asuntos culturales*, in: *José de Carvajal/Carlos Corral* (Hrsg.), *Iglesia y Estado en España. Régimen jurídico de sus relaciones*, Madrid 1980, 237.

²⁹ Siehe Dokumente der spanischen Bischofskonferenz: *Posiciones del Episcopado sobre educación y enseñanza* (18.05.1978) und: *Dificultades graves en el campo de la enseñanza* (November 1979); vgl. dazu *Recio/Uña/Díaz-Salazar* (Anm. 4), 15ff.

über die Zukunft dieser Schulen. Nicht zuletzt auf Grund der hohen Akzeptanz dieser Lehreinrichtungen bei der Bevölkerung wurde die staatliche Finanzierung der Schulen (unter Auflagen) gesichert. Heutzutage unterhält die katholische Kirche über 6.500 Bildungs- und Lehranstalten mit insgesamt etwa zwei Millionen Schülern. Die Schülerzahlen sind dabei nach einem Rückgang in den ersten Jahren der *Transición* weitgehend konstant geblieben.³⁰

Ein besonderes Problem bildete in diesem Zusammenhang allerdings der Umgang mit dem katholischen Religionsunterricht. Unter der Regierung von Ministerpräsident Suárez entstand 1980 ein Modell, wonach jene Schüler, die keinen konfessionellen Unterricht besuchen wollten, das alternative Fach Ethik zu belegen hatten. Mit dem Regierungsantritt des PSOE wurde im Rahmen der breit angelegten Schulreform auch eine Änderung dieser Regelung in Angriff genommen, da diese der Akonfessionalität des Staates widerspreche. Ein alternatives Unterrichtsfach war zunächst nicht mehr vorgesehen, eine Maßgabe, die später auf Grund eines Urteils des spanischen Verfassungsgerichts durch die Belegungspflicht für andere optionale Fächer (mit starkem Freizeitcharakter) ergänzt wurde. Die Amtskirche lief gegen diese Praxis Sturm. Der Hintergrund für die ablehnende Haltung der Kirche war und ist die praktische Auswirkung der Regelung, da die Attraktivität des Religionsunterrichts als optionales Angebot gering ist und der Religionsunterricht damit weitgehend ein Schattendasein führt.³¹ Aber selbst der Partido Popular konnte sich trotz klarer Sympathien für die Haltung der Kirche angesichts der richterlichen Klarstellung nicht durchringen, dem Drängen der Kirche nachzugeben und wieder eine Regelung wie die des Jahres 1980 einzuführen.

Ein weiterer Konflikt zwischen Regierung und Kirchenführung entbrannte, als die Regelung des Ehescheidungsrechts auf die Tagesordnung kam. 1981 zog die Kirche vehement gegen den Entwurf zu Felde. Dabei war sie sich freilich durchaus bewusst, dass sie auf den legislativen Prozess keinen Einfluss haben würde. Schließlich wurde das Gesetz nach hitzigen Debatten, in denen sich die Kirche immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt sah, sich in staatliche Angelegenheiten einzumischen, verabschiedet. Für andere Länder kaum vorstellbar war beispielsweise die Verurteilung der zivilen Trauung des konservativen stellvertre-

³⁰ Zahlenangaben bei: *Díaz-Salazar*, *La institución* (Anm. 21), 316.

³¹ Vgl. Erklärungen der spanischen Bischofskonferenz vom 23. 02. 1990 und 17. 05. 1990. Vgl. *Josep María Margenat Peralta*, *La enseñanza de la religión en la escuela pública*, in: *Iglesia Viva* 149/150 (1990) 556f.

tenden Ministerpräsidenten Francisco Álvarez Cascos durch hohe Kirchenvertreter, da dieser geschieden war. Der Erzbischof von Toledo ging sogar so weit, Álvarez Cascos des »permanenten Ehebruchs«³² zu bezichtigen.

Noch weitaus aggressiver als beim Scheidungsrecht war die Reaktion der Kirchenführung, als nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Sozialisten Pläne zu einem Abtreibungsgesetz bekannt wurden. Mit uneingeschränkter Unterstützung durch den Vatikan lehnte die spanische Kirchenführung jede wie auch immer geartete gesetzliche Regelung für Abtreibungen entschieden ab und unterstrich, dass Abtreibung vom moralischen Standpunkt aus eines der abscheulichsten Verbrechen sei. Diesmal fand der Klerus die Unterstützung, die ihm beim Scheidungsrecht verwehrt geblieben war, und erstmals seit dem Ende der Diktatur konnten Kirche und kirchennahe Organisationen große Menschenmassen ansprechen, die gegen das Regierungsvorhaben auf die Straße gingen.³³ Die Diskussion um den Schwangerschaftsabbruch kann allerdings nicht allein als ein Konflikt zwischen Regierung und Kirchenführung angesehen werden. Weite Teile der Gesellschaft beteiligten sich an dieser Debatte, und zwischen den politischen Parteien und selbst innerhalb der Parteien entbrannte ein heftiger und lang andauernder Streit. Schließlich sah der revidierte Gesetzestext nur für konkrete Ausnahmefälle (wie gravierende physische oder geistige Schäden des Fötus, Schwangerschaft als Folge einer Vergewaltigung oder ernste Gefahr für das Leben der Mutter) Straffreiheit nach einer Abtreibung vor. 1992 machte die sozialistische Regierung erneut einen Versuch, das vergleichsweise restriktive Abtreibungsrecht weiter zu liberalisieren. Massive Proteste von Seiten der Kirche ließen erneut nicht auf sich warten. Die Kritik ging damals sogar so weit, dass die Wählbarkeit des PSOE in Frage gestellt wurde.³⁴ Versuche, das Abtreibungsrecht über die Regelung von 1985 hinaus auch zur Zulassung einer sozialen Konfliktlage hin auszudehnen, fanden bislang im Parlament allerdings keine Mehrheit.³⁵ Die konservative Regierung unter Ministerpräsident Aznar hat wiederum auch keinerlei Absicht, das Gesetz zu verschärfen. Diese Situation veranlasste den Vorsitzenden der Bischofskonferenz im Jahr

³² El País vom 26. 10. 1996.

³³ Zahlenangaben in: *Recio/Uña/Díaz-Salazar* (Anm. 4), 61. Vgl. auch: *María Luz Morán/Josefa Cruz Cantero*, Problemas sociales: actitudes y opiniones de los españoles ante la natalidad, el aborto y la eutanasia, Madrid 1989, 82 ff.

³⁴ Vgl. Äußerungen des Vorsitzenden der spanischen Bischofskonferenz, *Eliás Yanes: Pedro M. Lamet*, La iglesia, en el corazón de la crisis, in: *Iglesia Viva* 168 (1993) 562.

³⁵ Vgl. *Montero* (Anm. 6), 205 f.

2000 zu der Feststellung, dass grundsätzlich keine Partei wählbar sei, die die bestehende Regelung akzeptiere.

Ein weiteres Konfliktfeld ist die Sterbehilfe (in Spanien mit dem Begriff Euthanasie belegt). Die Kirche legte 1993 einen ›Katechismus der Euthanasie‹ vor, der die Kirchendoktrin zu diesem Thema spiegelt und die Gesetzesvorhaben der Regierung massiv angriff: Der Staat sei nicht legitimiert, die Legalisierung der Euthanasie zu beschließen. Natürlich setzt sich die Kirche auch gegen bestimmte Formen der künstlichen Befruchtung, die Anti-Aids-Kampagne der Regierung zur Verwendung von Präservativen oder gegen juristische Grundlagen für nicht-eheliche Lebensgemeinschaften zur Wehr.

Progressive Tendenzen innerhalb des Klerus, der Theologen und Laien, die die mangelnde Rezeption der gesellschaftlichen Realität durch die Kirche beklagen, protestieren regelmäßig gegen die rückwärts gewandte Haltung der Hierarchie. Das betrifft vor allem Fragen der Sexualmoral, des Zölibats, und sogar der Ordination von Frauen. So unterschrieben Anfang 2002 ein Drittel der Priester des Bistums Girona ein Dokument zu Gunsten des optionalen Zölibats und der Ordination von Frauen. Auch die wiederholte Entlassung von Religionslehrern, die nicht im Einklang mit den Moralvorstellungen der Kirche leben (etwa die zivile Heirat einer Lehrerin mit einem geschiedenen Mann), ist ein heftig kritisiertes Zeichen von Intoleranz und Weigerung, diese gesellschaftliche Realität zu akzeptieren.

Unter Angel Suquía, dem damaligen Vorsitzenden der spanischen Bischofskonferenz, erreichte die Schärfe der Angriffe von Seiten des Episkopats gegen die Regierung Anfang der 1990er Jahre ihren Höhepunkt: Im November jenes Jahres machte die Bischofskonferenz ein Dokument publik, in dem die damals sozialistische Regierung ausdrücklich für den lamentablen Zustand der Moral in Spanien verantwortlich gemacht wurde. Die Regierung sei ein bedrohlicher »Agent der Säkularisierung«. Die Regierungspolitik wurde in der Folgezeit systematisch und ausdrücklich mit Korruption und sozialen Problemen wie Drogen und Kriminalität in Verbindung gebracht. Aber auch die Verbreitung von Hedonismus, Narzissmus, Vergnügungssucht, Konsumwahn sowie sexuelle Permissivität, Akzeptanz von Ehescheidungen, Abtreibung und Genforschung seien Symptome des Werteverlustes innerhalb der Gesellschaft; die Regierung würde dieser Entwicklung Vorschub leisten, einen aggressiven Laizismus vertreten und alles Religiöse ins Lächerliche ziehen. Im Grunde ging das Dokument von der These aus, dass Moralität in einer säkularen und pluralistischen Gesellschaft keinen Bestand haben könne.

Suquía ging ein Jahr später sogar so weit, die Demokratie auf Grund des ihr immanenten Agnostizismus und der Relativierung von Werten als das Grundübel der bestehenden Probleme zu brandmarken. Die Wohlstandsgesellschaft sei erfolgreicher bei der Zerstörung der Menschen, als es der Kommunismus gewesen sei. Gleich einer Hydra würde die »laizistische Moral« sich der Gesellschaft bemächtigen und zu einem Totalitarismus der Wertelosigkeit führen.³⁶

Das waren Töne, die von Seiten der Kirchenführung seit der Zeit des »Nationalkatholizismus« unter Franco in Spanien nicht mehr zu hören gewesen waren. Weiteren Aufwind erhielt diese Kritik durch Äußerungen von höchster ekklesialer Stelle. Papst Johannes Paul II. bestärkte die spanischen Bischöfe im September 1991 in ihrer Haltung, indem er von der tiefen Sorge sprach, die ihm der moralische Zustand der spanischen Gesellschaft bereite. In dieser Situation der Spannungen entstand sogar die Sorge, dass der überwunden geglaubte Hass zwischen Kirche und Sozialismus wieder aufleben könnte und wieder Konfessionswahlkämpfe, die das politische Klima am Vorabend des Spanischen Bürgerkrieges vergiftet hatten, Einzug halten könnten.³⁷

Die Kirche geriet für ihre aggressive Haltung zunehmend in die Kritik: Sie versuche, in Spanien einen Neo-Konfessionalismus durchzusetzen, was sich auch in dem herabsetzenden Umgang der Hierarchie mit anderen Konfessionen und Religionen äußere. Aber auch innerhalb des Bischofskollegiums war Unzufriedenheit festzustellen. Im Spätsommer des Jahres 1991 wurde dieser Dissens sogar offenkundig, als zwei mit der Kirchenpolitik unzufriedene Bischöfe von ihren Ämtern zurücktraten, um als einfache Priester seelsorgerische Aufgaben in Armenvierteln zu übernehmen.

In diese Zeit der Spannungen zwischen Staat und Kirchenführung fiel auch die Seligsprechung von Josemaría Escrivá de Balaguer, dem Gründer des *Opus Dei*. Trotz ernst zu nehmender Kritik aus Kirchenkreisen, die eine Seligsprechung von Escrivá für unververtretbar hielten, wurde dieser Mitte Mai 1992 in Rom selig gesprochen. Vor allem wurde bedauert, dass das fundamentalistische und sektiererische Leben von Escrivá durch eine Kanonisierung zum Leitbild für Christen erhoben wurde. Selbst in spanischen Kirchenkreisen wird dieser Seligsprechung eine politische Speerspitze attestiert.³⁸ Im Oktober 2002 erfolgte dann sogar die

³⁶ Vgl. *Pedro M. Lamet*, Neopaganismo y nueva evangelización, in: *Iglesia Viva* 156 (1991) 626.

³⁷ Vgl. *Giner/Sarasa* (Anm. 15), 83.

³⁸ Die Kritik ist prägnant zusammengefasst in: *Pedro M. Lamet*, A la sombra del beato Escrivá, in: *Iglesia Viva* 160 (1992) 407–419.

Heiligsprechung von Escrivá. Das *Opus Dei*, das sich nach dem Tode Francos und vor allem seit dem Machtantritt der Sozialisten im Jahr 1982 in der Defensive befunden hatte, tritt wieder deutlich in Erscheinung. Im April 2002 wurde zudem erstmals ein Mitglied des *Opus Dei* zum Bischof ernannt.

Johannes Paul II. nahm in den letzten Jahren auch eine Vielzahl an Seligsprechungen von Priestern vor, die im Spanischen Bürgerkrieg umgebracht worden waren. Der spanischen Bischofskonferenz können diese Verfahren allerdings nicht schnell genug vonstatten gehen, sollen doch auf diese Weise etwa 10.000 Märtyrer zu Seligen erhoben werden.³⁹ Diese Zahl kontrastiert in frappierender Weise mit dem ohnehin schon kirchenhistorischen Rekord im Pontifikat Johannes Pauls II. Dieser hat bislang lediglich etwa 1.100 Selig- oder Heiligsprechungen vorgenommen.

Nach der Regierungsübernahme durch den Partido Popular (PP) im Jahr 1996 hoffte die Hierarchie auf ein stärkeres Gehör auf Seiten der Exekutive. Aber obwohl die Kirche bei den Konservativen auf größere Sympathien stößt, ist der PP keine klerikale Partei. Das Profil der Wähler dieser Partei ist vielschichtig, eine vollständige Identifikation des PP mit den Zielen der Kirche daher nicht möglich. So versprachen die Konservativen beispielsweise im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen im Juni 1993, dass sie die Abtreibungsgesetzgebung nicht verändern würden. Auch die von der Kirche geforderte Reform des Religionsunterrichts wurde zur Enttäuschung der Prälaten von dem PP bislang nicht angegangen. Die von der Kirche erhoffte Besserung der Lage trat somit im Wesentlichen nicht ein. Die Kirche sieht sich gegenwärtig in einer außerordentlich schwierigen Phase, in der ihr die gesellschaftlichen Kräfte die Evangelisierungsarbeit kaum möglich machen würden. Vor allem die Medien und die Regierung würden alles in ihren Kräften Stehende tun, um die gesellschaftliche Position der Kirche zurückzudrängen. Im Februar 2002 fühlte sich der Vorsitzende der Bischofskonferenz sogar dazu veranlasst, die Kritik an der Kirche von Teilen der Gesellschaft mit den Zeiten des Martyriums in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung zu vergleichen.

Die (ohnehin schwer vollziehbare) Trennung von Kirche und Staat, wie sie im Zweiten Vatikanum (1962–1965) gefordert und mit den Konkordatsverträgen des Jahres 1979 anvisiert wurde, ist somit bis heute nicht vollständig umgesetzt. Das betrifft nicht nur moralische oder ethische Fragen. So steht auch die Durchführung bestimmter Reformen, wie die

³⁹ Vgl. El País vom 08. 04. 00.

Erreichung des proklamierten Ziels der finanziellen Unabhängigkeit der Kirche, nach wie vor in weiter Ferne, nachdem das im Jahr 1987 eingeführte eingeschränkte Kirchensteuermodell derzeit nicht nur nicht ernsthaft in Frage gestellt wird, sondern der Staat darüber hinaus für den zusätzlichen Finanzbedarf der Kirche aufkommt.⁴⁰ Auch die verstärkte Politisierung von Äußerungen aus dem Inneren der Kirche spricht gegen den Trennungsgedanken. Das betrifft in besonderem Maße den mehrheitlich nationalistischen Klerus im Baskenland und in Katalonien. So erheben Kirchenvertreter in Regionalisierungsfragen wiederholt die Stimme, oftmals nicht gerade zur Freude in Rom, wo kein Interesse an einer Beteiligung an diesen Fragen besteht. Damit entstehen immer wieder hitzig geführte Diskussionen über die Gründung von auf Katalonien und das Baskenland beschränkte Bischofskonferenzen. Im Baskenland verfangen sich die Bischöfe (unter der Begründung der Unparteilichkeit) in missverständliche Haltungen zum Terrorismusproblem: etwa durch die Nicht-Teilnahme an Trauerfeierlichkeiten für die Opfer des Terrors oder Beistandsbekundungen für inhaftierte ETA-Aktivistinnen. Anfang 2000 kritisierte der Sprecher der baskischen Bischöfe sogar unverblümt die Haltung der Regierung, als er feststellte, dass es »den Frieden nicht zum Nulltarif geben«⁴¹ könne. Im Juni 2002 äußerten wiederum alle vier baskischen Bischöfe Kritik an der Haltung der Regierung, indem sie sich gegen ein Verbot der ETA-nahen politischen Partei Batasuna wandten, was wiederum zu harten Reaktionen von Seiten der spanischen Exekutive und zu Unbehagen im Vatikan führte. Die spanische Kirche vertritt somit ihren Standpunkt weit über pastorale Aufgaben hinaus, und sie vertritt ihn laut und mit wenig Rücksicht auf Konflikte. Sie will erklärtermaßen die von ihr empfundenen Wahrheiten gesamtgesellschaftlich durchsetzen. Diese Haltung ist angesichts des eigenen »Monopolanspruchs« in Glaubensfragen bei 90 Prozent nominell bekennenden Katholiken dabei sicherlich radikaler als in anderen Ländern. Damit soll der Prozess der »Re-Evangelisierung« vorangetrieben werden. Soziologische Untersuchungen kommen allerdings zu dem Ergebnis, dass die entfachte Polemik zwischen Amtskirche und Regierung keine nennenswerte Auswirkung auf den Grad der Religiosität in Spanien hat. Der Prozess der Säkularisierung läuft unabhängig hiervon ab.

⁴⁰ Zahlenangaben bei: *Díaz-Salazar*, *La institución* (Anm. 21), 309. Vgl. ferner *Joaquim Gomis*, *La asignación tributaria, ¿transitoria o definitiva?*, in: *Iglesia Viva* 183 (1996) 298.

⁴¹ *José María Setién*, Bischof von San Sebastián, in: *El País* vom 05. 01. 2000. Eine Woche später bat Bischof Setién den Vatikan darum, in den Ruhestand versetzt zu werden.